

Warum diese Gegenkultur der Empörung minoritär bleibt, warum der »Bewegungskrieg« (Gramsci), den Podemos und die linken Wählerplattformen in den politischen Institutionen und die Empörtenversammlungen in der Zivilgesellschaft führen, letztlich scheitert, darauf geht gleich das zweite Teil dieses Resümées ein. Hier ist nur zu betonen: Die Tatsache, dass Podemos und Co. so schnell so weit kommen, ist bereits ein mächtiges Symptom dafür, in welchem Ausmaß sich Spanien im hier analysierten Zeitraum von kaum fünf Jahren verändert.

Der parteipolitische Linkspopulismus reartikuliert den Empörungsdiskurs, er stützt sich auf untergründige, oft nur schwach antagonistisch aufgeladenen Verschiebungen, die Spaniens Gesellschaft seit 2011 kennzeichnen. Der »molekulare, äußerst feine Prozess«, der einen »Kollektivwillen mit einem gewissen Grad an Homogenität« hervorbringt, sah Gramsci noch als ein langwieriges, über Jahrzehnte sich erstreckendes Geschehen. Das Beispiel Spanien zeigt, dass die Entstehung einer Gegenhegemonie weit beschleunigter ausfallen kann. Ab 2011 vollzieht sich ein politisches Ereignis historischen Ausmaßes. In wenigen Jahren hat sich eine der fünf großen Volkswirtschaften der EU grundsätzlich gewandelt. Die politische Kultur, das politische System und die Zivilgesellschaft weisen 2016 eine andere Struktur auf als ein halbes Jahrzehnt zuvor. Dass später Podemos und Co. wieder schrumpfen und sich teils sogar auflösen, macht gleichwohl darauf aufmerksam, dass die tradierte Vorherrschaft der Kultur der Transition weniger prekär ist, als der hier analysierte Mobilisierungszyklus streckenweise glauben gemacht hat. Sozialer Wandel braucht selbst im 21. Jahrhundert vor allem eines: Zeit. Beschleunigte Veränderungen werden flankiert von langsameren kulturellen Verschiebungen, Subjektivierungsprozessen und neuen Institutionen. Weder stand Spanien im Jahr 2011 vor der Revolution noch steht das Land eine Dekade später vor einer absoluten Restauration der alten Ordnung. Die Gegenhegemonie der Empörung hat ihren expansiven Charakter verloren, sie besteht aber fort. Tausende Versammlungen, Praktiken des Commoning und der alternativen Mediennutzung halten den Entwurf einer demokratischen, egalitären und solidarischen Gesellschaft als gelebte Kultur aufrecht. Das Veränderungspotential dieser Kultur hat sich 2016 und in den Folgejahren nicht erschöpft, es entfaltet sich weiter.

2 Die Reaktivierung der Kultur der Transition

Die über Jahrzehnte sedimentierte Ordnung, die Kultur der Transition, gegen die sich die Proteste wenden, löst sich nicht plötzlich auf, sie erfährt aber beschleunigte Verschiebungen. Der Nachvollzug dieser Verschiebungen *dezentriert* eine idealisierende Binnensperspektive der Indignados und gestattet eine kursorische Gesamteinschätzung davon, wie sich die spanische Gesellschaft im Jahrzehnt nach 2011 verändert. Ein knapper Blick »von außen« soll anreißen, wie Spanien in den Jahren nach den Platzbesetzungen des Frühlings 2011 ein anderes Land wird. Wie geht der soziale Wandel in die tradierte Ordnung ein? Wie wird er von ihr konfrontiert – und wie vermengt er sich mit ihr? Im Folgenden möchte ich kursorisch über die drei Bewegungen der staatlichen Gewalt (Kap. VII.2.a), der rechtspopulistischen Neutralisierung (Kap. VII.2.b) und der progressiven Integration (Kap. VII.2.c) eine grobe Intuition dafür schaffen, wie sich ab 2011 die Kul-

tur der Transition *politisch reaktiviert*. Dies soll eine Sensibilität dafür schaffen, wie die Asymmetrie zwischen der tradierten Ordnung und der neuen Gegenhegemonie gewahrt bleibt. Es soll aber auch skizzieren, wie es im Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Empörtenproteste zu neuartigen Hybridisierungen zwischen der neuen Gegenhegemonie und der alten Hegemonie kommt. Dazu ist anzumerken, dass sich die folgende Analyse gezwungenermaßen auf der Ebene einer politischen Diskursanalyse im engeren Sinne bewegt. Ich blende dabei die Tatsache aus, dass die Kultur der Transition nicht nur eine symbolische Ordnung ist, sondern dass auch sie als eine angeeignete Kultur gelebt wird. Die Resilienz der tradierten Ordnung erklärt sich nicht nur in der Wirksamkeit ihrer symbolischen Knotenpunkte – die sich nach 2011 rekonfigurieren. Die Kultur der Transition *ist* eine Kultur, sie wird ihrerseits durch Existenzweisen und Passagenpunkte getragen, deren Veränderung, oder Beharrungsvermögen, einer eigenen Studie bedürften.

2.1 Erste Bewegung: Verdrängung durch staatliche Gewalt

Erst die Indignados und später die neuen linken Parteien werden – zumindest anfangs – vom politischen Establishment gar nicht erst als legitimer Gegner anerkannt. Diese politische Dezertifizierung hat viele Seiten, ihre prononcierteste und in dieser Arbeit immer wieder behandelte jedoch besteht in der *Konstruktion eines Ordnungsproblems*. Denkt man an die Platzbesetzungen vom Frühjahr 2011, so fällt auf, dass die etablierten Akteure in Politik wie Medien die Besetzungen nicht recht einzuordnen und zu benennen wissen. Die Bezeichnung der Proteste als »Indignados« ist schon in sich selbst der Ausdruck des Unvermögens, die auf den Straßen und Plätzen sich vollziehenden Praktiken als politische Artikulationen zu lesen. Zwar zeigen sich einzelne Akteure responsiv gegenüber den Protesten, die politischen Entscheidungsträger auf kommunaler und regionaler Ebene sehen jedoch in den Indignados vor allem eine Gefahr für die Demokratie. Die Proteste der Indignados werden als ein Akt des stummen, wenn nicht antipolitischen Aufruhrs gedeutet, der potentiell gewaltsam die Unzufriedenheit gegenüber den geltenden Verhältnissen ausdrückt – und insofern als illegitim abzutun ist.¹³ Besonders ausgeprägt fällt dies im Fall von Barcelona aus. Der Einsatz der Bereitschaftspolizei am 27. Mai 2011, um das Empörtencamp zu räumen, weil dort (angeblich) ein Hygieneproblem besteht, konfrontiert die Campierenden erstmals mit der Staatsgewalt. War der Antagonismus gegenüber den politisch-ökonomischen Eliten und der angeblich durch sie induzierten sozioökonomischen Malaise in den ersten Wochen des Protestes noch eine symbolische Losung, so geschieht mit solchen Polizeieinsätzen eine jähe *Materialisierung* des Gegensatzes zwischen der alten Ordnung und ihrem Gegenentwurf (siehe: Kap. III.3.c).

Diese auf den Staat zugespitzte Konfrontation ist in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Den Indignados wird vor Augen geführt, dass sich die von ihnen postulierte Spaltung der Gesellschaft in einer Konfrontation mit der Staatsgewalt zuspitzt,

13 Akte des öffentlichen Aufruhrs als gewaltsame *riots* zu disqualifizieren, gegenüber denen nur staatliche Repression hilft, hat eine lange Tradition. Mit Ferdinand Sutterlüty (2013: 9–19) würde ich dem entgegenhalten, dass dies eine »defizitäre Deutung« bleibt, die den politischen, ja normativen Anspruch derartiger Proteste verkennt.